

Waldenburger Anzeiger.

Erscheint wöchentlich drei Mal: Dinstags, Donnerstags und Sonnabends.
Preis incl. der Sonntagsbeilage „Der Erzähler“ vierteljährlich 1 Mark, durch die Post bezogen 1 Mark 25 Pf. — Einzelne Nummern 8 Pf. — Insertionsgebühren pro kleingespaltene Zeile für Abonnenten 7 Pf., für Nichtabonnenten 10 Pf., im Redactionstheil 20 Pf. Bei mehrmaliger Insertion entsprechender Rabatt. — Inseratenannahme bis Abends 5 Uhr des vorhergehenden Tages. — Geeignete Beiträge sind stets willkommen.

N^o. 54.

Sonnabend, 2. November

1878.

Politische Rundschau.

* Waldenburg, 1. November 1878.

Der achte deutsche Handelstag ist am 30. October Vormittags 10¹/₂ Uhr im Berliner Rathhause eröffnet worden. Minister Maybach begrüßte die Versammlung und sprach die Hoffnung aus, daß es im Hinblick auf den deutschen Muth, Fleiß und Einigkeit gelingen werde, die wirtschaftlichen und socialen Verhältnisse in bessere Bahnen zu leiten. Der gestellte Antrag betreffs Bildung eines aus Vertretern des Handels, der Industrie, der Gewerbe und der Landwirtschaft zc. bestehenden, der Regierung als Beirath dienenden volkswirtschaftlichen Senats wurde in einer nach den Handelskammern erfolgten Abstimmung des schließlich bleibenden Ausschusses zur Berichterstattung an die deutsche Reichsregierung überwiesen.

Der deutsche Handelstag galt früher als praktische Bethätigung der von den Hochschulen gepflanzten und auf diesen in die Bureaus und Comtoirs getragenen volkswirtschaftlichen Theorien. Die hereingebrochenen Nothstände haben inzwischen den theoretischen Enthusiasmus abgekühlt; das Bedürfnis, die Forderungen der einander widersprechenden Interessen zu einem Ausgleich zu bringen, beginnt ausschlaggebend zu werden und die auf verschiedenen Gebieten des Wirthschaftslebens angeordneten Untersuchungen deuten auf die Absicht und die Nothwendigkeit einer gründlichen Reform der wirtschaftlichen Gesetzgebung hin.

Hier ist das Gebiet, wo dem socialdemokratischen Einfluß am gründlichsten begegnet werden kann. Zwar wird das Socialistengesetz für's Erste genügen, der socialdemokratischen Propaganda Zügel anzulegen und die öffentliche Ordnung gegen die Aufreizung der Gesellschaftsklassen gegen einander zu schützen, aber der Bruch der deutschen Socialdemokraten mit dem socialistischen Wahnglauben wird erst eintreten, wenn das Socialistengesetz seine Ergänzung in positiven Leistungen staatlicher Fürsorge erhält. Die volkswirtschaftliche Reform wird dahin zu streben haben, daß durch Schutz die nationale Arbeit wieder belebt und der nationale Wohlstand entwickelt werde, muß aber dabei hauptsächlich die Hebung der wirtschaftlichen Zustände der Arbeiter im Auge behalten, damit bei letzteren das Vertrauen auf die Hilfe des Staates stärker als das Vertrauen auf die Hilfe socialistischer Agitatoren werde.

Die Kaiserin Augusta soll, wie die Teschner „Silesia“ meldet, dem abgesetzten Fürstbischof von Breslau, Dr. Heinrich Förster, zu dessen 25jährigem Jubiläum ein in Brillanten eingefasstes Bild, Ecce homo (Bild des leidenden Jesus), als Geschenk gesendet haben. Diese Nachricht macht nicht geringes Aufsehen; sie ist auch in Anbetracht dessen, daß sich der Prälat gegen die Staatsgesetze aufgelehnt und dafür von preussischen Gerichtshöfen mit schweren Strafen belegt wurde, kaum für möglich zu halten.

Das energische Vorgehen des Berliner Polizeipräsidenten v. Modai mit der Ausführung des Socialistengesetzes hat allseitige Anerkennung gefunden. Dasselbe scheint auch für den Modus der Ausführung auch außerhalb Berlins von großer Bedeutung gewesen zu sein. Für die thatsächliche und moralische Wirkung des Gesetzes

war die erste wuchtige Handhabung desselben von größter Wichtigkeit, und es fällt in dieser Beziehung die offenbar sorglich vorbereitete rasche und scharfe Durchführung seitens des Berliner Polizeipräsidenten sehr in's Gewicht.

Der „Reichs-Anzeiger“ macht das Verbot folgender Vereine bekannt: Theaterverein „Germania“, Gesangsclub „Vorwärts“, Gesangsverein „Liederfreund“ sämmtlich in Dortmund, ferner das Verbot einer einzelnen Nummer und des ferneren Erscheinens des von der westphälischen Genossenschafts-Buchdruckerei in Dortmund verlegten heftigen Volksblattes „Organ für das werthtätige Volk.“ Aus Barmen wird gemeldet, daß der „dramatische Verein“ und der Gesangsverein „Bruderkette“ polizeilich geschlossen worden sind, aus Solingen, daß die „Solinger Freie Presse“ ihr Erscheinen eingestellt habe.

Die Genossenschaftsdruckerei in Berlin, in welcher die „Berliner Freie Presse“ gedruckt wurde, hatte ihren Verkauf bekannt gemacht. Inzwischen hat dieselbe einen Prospect versandt, worin sie zum Abonnement auf eine neue von ihr herauszugebende Zeitung einladet. Die neue Zeitung soll den Namen „Berliner Nachrichten“ führen und sich jeder Aufreizung fern halten.

Daß den Berliner Socialdemokraten trotz der für sie so schweren Zeit der Humor noch nicht ausgegangen, beweisen ihre „Stammkneipen“, die sich nach Thunlichkeit dem Ausnahmegesetz anzupassen versuchen. So hat z. B. ein socialdemokratischer Wirth in seinem Local ein riesiges Placat anbringen lassen mit der Aufschrift: „Ueber Thema's darf nicht gesprochen werden!“ In einer anderen socialdemokratischen Kneipe des Frankfurter Viertels finden sich an den Wänden Placate mit der Inschrift: „Achtung vor dem Köpnick's Felde gelegenen Restauration liest man in einem riesigen an der Wand befindlichen schwarz-weiß-rothen Schilde die Worte: „Meine werthen Gäste ersuche ich, in diesem Local keine politischen Gespräche zu führen.“ Da die sogenannte „Arbeitermarcellaise“ verboten ist, behilft man sich damit, daß man das Lied vom „Guten Mond“ nach der Melodie der „Marcellaise“ singt, ohne daß man in diesem kindlichen Vergnügen gestört wird.

Sämmtliche Socialistenführer Sachsens mit Ausnahme der Inhaftirten Kayser, Wahlreich, Motteler und Volkmar sollen am 27. October nach einem Telegramm des „Pester Lloyd“ eine Versammlung in Leipzig abgehalten haben, in welcher sie allgemeine Abrüstung, Anlage der noch vorhandenen Gelder in England und Agitation auf wissenschaftlichem Felde beschlossen.

Die Hebung des „Großen Kurfürst“ scheint sich verwirklichen zu wollen. Auf der deutschen Botschaft in London wurde ein Contract unterzeichnet, welcher die Hebung des „Großen Kurfürst“ einem Herrn A. Leutner überträgt.

Die Thalerstücke werden nach und nach aus dem Verkehr verschwinden, indem die in die öffentlichen Kassen fließenden Thaler Münzen eingezogen werden; auf diese Weise sind bereits 163 Millionen Thaler zur Einziehung gelangt. Der Gesamtbetrag der Reichsgold- und Silbermünzen hat dagegen die zweite Milliarde bereits überstiegen. Es ist nämlich nicht nur ein Theil des früheren Silbergeldes, sondern auch des Papiergeldes durch Gold ersetzt worden. Der Betrag

des aus dem Verkehr gezogenen Silbergeldes macht rund 600 Millionen aus.

Der Dr. Trettenbacher in München war bekanntlich von dem Maler Professor Piloty wegen Majestätsbeleidigung angezeigt worden. Da der Verklagte Einspruch erhoben hatte, kam die Angelegenheit am 26. October zur nochmaligen Verhandlung, doch wurde das erste auf 8 Monate Festungshaft lautende Urtheil lediglich bestätigt.

Die endlose österreichische Ministerkrisis ist in ein neues Stadium getreten. Baron Pretis hat, wie aus Wien telegraphirt wird, infolge der Unmöglichkeit bei den jetzigen parlamentarischen Verhältnissen eine Einigung herbeizuführen, sein Mandat zur Bildung eines neuen Kabinetts in die Hände des Kaisers zurückgelegt. Oesterreich stände somit vor der Bildung eines nichtparlamentarischen Ministeriums.

In der Sitzung des Budgetausschusses des österreichischen Abgeordnetenhauses am 30. October gelangte die Vorlage der Regierung, betreffend die Bewilligung eines Credits von 25 Millionen, zur Berathung. Der Referent Giskra beantragte gegenwärtig in die Berathung der Vorlage nicht einzutreten, sondern die Regierung aufzufordern, ungesäumt den Berliner Vertrag zur verfassungsmäßigen Behandlung vorzulegen. Der Abg. Heilsberg stellte ein Amendement zum Texte des Berichts des Inhalts, daß der Berliner Vertrag vor der Ausführung des darin Oesterreich übertragenen Mandats der Reichsvertretung unbedingt zur Genehmigung vorzulegen gewesen wäre. Das Amendement Heilsberg's und der Antrag Giskra's wurden angenommen.

Wie dem „Reuter'schen Bureau“ aus Constantinopel vom 30. October gemeldet wird, finden gegenwärtig wieder Besprechungen zwischen Oesterreich und der Pforte zur Herbeiführung eines definitiven Arrangements in Betreff Bosniens statt.

Der Gesamtverlust der österreichischen Occupationsarmee in Bosnien und der Herzogewina mit Ausschluß der bei Maglaj gebliebenen Husaren, ferner der Gefallenen bei dem Sturm auf Bihol und der in den Gefechten um Peci Gefallenen beträgt 4786 Mann, und zwar 3885 Verwundete, 666 Tote und 235 Vermisste.

In Frankreich haben vergangenen Sonntag die Wahlen der Gemeindegewählten stattgefunden, denen die Theilnahme an der Ergänzung des Senats vorbehalten ist. Auf Grund des nunmehr bekannt gewordenen Resultats hält man eine künftige republikanische Senatsmajorität für gesichert.

Bezüglich des Attentates auf den spanischen König wird gemeldet, daß im Momente des Attentates eine Menge Soldaten in der Nähe des Königs waren und infolge dessen der Frevler, der sich Juan Oliva Mucasi nennt, sofort ergriffen und inmitten einer bewaffneten Abtheilung nach dem Gefängniß abgeführt wurde, wodurch er vor der Wuth des Volkes, namentlich aber des „schwachen“ Geschlechts, beschützt wurde. Die von ihm abgeschossene Kugel verletzte Niemanden, obwohl der Platz, wo das Attentat stattfand, und die in denselben mündenden Straßen, dicht gedrängt voll Menschen waren. Nicht minder merkwürdig ist der Umstand, daß der Pariser „Figaro“ schon am 11. d. die spanische Regierung vor einem Complotte warnte, das gegen sie und die